

Harald Möller

Der Schahbesuch 1967

**Ein Film, Rüstungsprozesse und ein
Infrastrukturprojekt sowie ein
Mann im Hintergrund**

Inhaltsverzeichnis

A Dokumentation zur Vorgeschichte des Besuchs (1962-1964), S. 7

- I. Ein Bericht über Reformen in der Armee [Dok 1], S. 8
- II. Ein Gespräch mit Ariana (u.a. über Strategie...) [Dok 2], S. 10
- III. Eine Reise und ein Gespräch mit Minbashian [Dok 3], S. 13
- IV. Demonstrationen im Juni 1963 [Dok 4], S. 16
- V. Die innenpolitische Krise 1964 [Dok 5], S. 20
- VI. Rede Khomeinis über Parlamentssitzungen (1964) [Dok 6], S. 22
- VII. Folter und Sippenhaft [Dok 7], S. 24

B Weitere Berichte über den Schahbesuch, S. 27

- I. Politische Konzeption der Bundesrepublik für den Staatsbesuch, S. 28
- II. Schahbesuch und ein erstes Gespräch von Schah und Kiesinger, S. 39
 - 1. Die Vorbereitung des Staatsbesuchs, S. 39
 - 2. Die Schahdelegation und ihre deutschen Begleiter, S. 40
 - 3. Der Ablauf des Besuchs, S. 48
 - a) Das Programm, S. 48
 - b) Die Umsetzung, S. 48
 - 4. Das Gespräch von Schah und Kiesinger am 28. Mai 1967, S. 53
- III. Ein Film als Quelle, S. 59
- IV. Ein historischer Wettbewerb – einleitende Vorbemerkung, S. 79

C Rüstungsprozesse – erster Teil, S. 91

- I. Großwaffentransfers in den Iran (in der zweiten Hälfte der 60er und zu Beginn der 70er) – ein Überblick, S. 92
- II. Dokumentation: Interessenten und Interessenlagen an Großwaffenlieferungen, S. 113
 - Teil 1: Panzer und Panzerhaubitzen, S. 113
 - Teil 2: Schiffe und U-Boote, S. 122
 - Teil 3: Rivalitäten von Rüstungsfirmen und Politikern, S. 129

D Rüstungsprozesse – zweiter Teil, S. 135

- I. Arsenalausbau und eine „Mehrzweckanlage“ (MZA) – ein Überblick, S. 135
- II. Dokumentation zum MZA-Projekt, S. 157
 - Abschnitt 1: Politische Zielsetzungen des Iran, S. 157
 - Abschnitt 2: Militärhilfe der BRD („Ausrüstungshilfe“), S. 161
 - Abschnitt 3: Noch mal: Panzerträume, S. 172
 - Abschnitt 4: Indische Reaktionen auf Großwaffenlieferungen, S. 181

Abschnitt 5: Ein Blick auf Weiterungen in den 70ern – Ausbildungshilfe als „Ergänzung“ von Ausrüstungshilfe, S. 190

E Infrastrukturmaßnahmen, S. 200

I. Weiße Revolution und Khuzestan: das Dezdammpjekt (ein Überblick), S. 201

II. Dokumentation zum Infrastrukturteil, S. 221

Dokumentation 1: Zur Entstehung des Dezdammpjektes, S. 221

Dokumentation 2: „Voraussetzungen“ zur Unterzeichnung des Kapitalhilfeabkommens, S. 224

Dokument 3: Der Prüfbericht der Kreditanstalt für Wiederaufbau, S.228

Dokument 4: Goodells Berichte über zwei Dörfer in Khuzestan, S. 237

- a) Einführung in Goodells Arbeiten, S. 237
- b) Dokumentation: Village animals in Rahmat Abad, S. 247
- c) Dokument: A conservative Village inventory of Economic Investments made 1967 through 1972 at Abad Village, from development after the land reform, S. 248
- d) Ein Politiker: Sultan Ali, S. 249

F Eberhard Taubert – ein Mann im Hintergrund, S. 251

I. Biografisches, S. 251

II. NS-Zeit, S. 252

1. Einführender Überblick, S. 252

2. Dokumentation zur NS-Zeit, S. 256

III. Die Zeit nach 1945, S. 269

1. Überblick, S. 269

2. Dokumentation zur Nachkriegszeit, S. 270

G Literatur und Quellen, S. 281

I. Taubert – Materialien, S. 281

II. Anderes, S. 283

(Vor den mit großen Buchstaben gekennzeichneten Kapiteln dieser Dokumentation findet sich eine Einführung, die einen kurzen Überblick gibt.)

Einleitende Vorbemerkung

Was ist am 1. und 2. Juni 1967 in Berlin geschehen? Und wie lässt es sich erklären? Das sind die leitenden Fragestellungen eines Projektes, zu dem bislang vom Autor drei größere Publikationen vorgelegt wurden. Hier folgt eine vierte Monographie, die wieder in starkem Maße dokumentiert.

Einführend gibt es Berichte zur Vorgeschichte des Schahbesuchs. Eindringlich möchte ich hier allen Interessierten empfehlen, sich einmal das dort abgedruckte Gespräch zwischen dem deutschen Militärattaché und dem früheren Oberbefehlshaber der iranischen Armee und damaligen Adjutanten des Schah Ariana anzusehen. Ariana beklagt dabei die Islamisierung Irans und plädiert dafür, das Krebsgeschwür der Mullahs operativ zu entfernen. Außerdem bekennt er sich zum Zoroastrismus. Derartige „Bekanntnisse“ müssen als ein wichtiger ideengeschichtlicher Hintergrund für die folgenden Konflikte der Jahre 1963 und 1964 eingeschätzt werden – stellen also nicht nur Vorgeschichte des Schahbesuchs 1967 dar, sondern auch der Revolution des Jahres 1979.

Es folgen weitere Überblicke über den Verlauf des Schahbesuchs, unter denen der Film: Der Polizeistaatsbesuch von Roman Brodmann hervorzuheben ist. Dieser Film stellt eine wichtige Primärquelle über den Schahbesuch dar, da es sich um Originalmaterial handelt, das ursprünglich in der Absicht erstellt worden war, einen freundlichen „Schmunzelbeitrag“ über den Besuch des Schahs zu produzieren – was infolge der Realereignisse allerdings gründlich misslang. Heraus kam Grundsatzkritik. In der entsprechenden Dokumentation wird eine ausführliche Bildbeschreibung und eine Transkription des gesprochenen Textes dieses Films vorgelegt, die viele Aspekte des Schahbesuchs vorstellt, die allein gestützt auf schriftliche Aussagen nur schwer zu erschließen wären.

Die zwei Hauptteile dieser Dokumentation behandeln dann Rüstungsprozesse und Infrastrukturprojekte, welche in Zusammenhang mit dem Schahbesuch standen. Der Schah kam im Grunde mit einer relativ simplen „Konzeption“ in die Bundesrepublik, die vor allem die regionale Interessenlage Irans widerspiegelte. Er fürchtete, dass Indien Pakistan „schlucken“ könne, womit eine völlig „anarchische“ und „chaotische“ Demokratie – so der Schah über Indien – an seine Grenze rücken würde. Die Armee Pakistans würde in die Berge gehen und weiterkämpfen. Das ergebe ein zweites Vietnam - was der Schah durch Hilfestellung bei erneuter Aufrüstung Pakistans verhindern wollte. In genau so ein Projekt wollte er die BRD durch eine Intensivierung einer Rüstungskoooperation einspannen. Konkret verfolgte er mit dem Besuch die Zielsetzung, vor allem Panzer des Typs M-47 zu erwerben, die angeblich für die eigene Armee bestimmt waren, tatsächlich aber nach Pakistan gehen sollten. Über diese Frage gab es gleichzeitig mit dem Schahbesuch deutsch-amerikanische Konsultationen in München, da es sich bei den M-47 um ursprünglich amerikanische Panzer handelte, für die sich die USA ein Mitspracherecht im Falle der Weiterlieferungen an Dritte ausbedungen hatte. In Gesprächen hatte die US-Seite darauf verwiesen, dass Iran als Lieferant Pakistans anzusehen wäre. Die Bundesregierung entschied darauf, die Panzer nicht zu liefern.

Außerdem versuchte der Schah, BRD-Hilfestellung für den Ausbau des kaiserlichen Arsenal in Teheran einzuwerben. So erbat er unter anderem eine Hilfestellung für eine „Mehrzweckanlage“. Bei dieser handelte es sich faktisch um eine Munitionsfabrik,

in der u.a. Munition für Gewehre des Typs G3 und Maschinengewehre des Typs MG 1 hergestellt werden sollte. Iran und BRD hatten sich 1966 darüber geeinigt, dass die Bundesrepublik dem Iran eine bestimmte Zahl dieser Kleinwaffen liefern und Iran die Lizenzproduktion dieser Waffen gestatten sollte. Iran wollte die „Mehrzweckanlage“ ursprünglich im Rahmen einer Ausrüstungshilfe beziehen, also kostenlos. Das ging nicht, da die entsprechenden Bundestagsausschüsse Probleme bereiteten. Darauf bemühte sich Iran um einen günstigen Kredit für die Anlage, welches Anliegen wohlwollend von der Bundesregierung und der deutschen Diplomatie unterstützt wurde – wahrscheinlich auch in Reaktion auf die ablehnende Position hinsichtlich der Panzerlieferungen. Iran galt als befreundetes Land. Waffenlieferungen an Iran – und zwar Klein- und Großwaffenlieferungen - wurden grundsätzlich befürwortet. Nur die Weitergabe an Pakistan störte, da sich hieraus Probleme mit den USA und Indien ergeben hatten.

Ein drittes zentrales Anliegen des Schah betraf ein Infrastrukturprojekt. Teheran hatte im Dezember 1966 ein Interesse am Ausbau des Kraftwerks des Dez-Staudamms in Khuzestan sowie dem Bau von Stationen für eine Hochspannungsleitung von Dezful nach Teheran bekundet. Bonn entschied kurz vor dem Besuch des Schahs, dieses Projekt zu unterstützen – was dem Schah während des Besuchs mitgeteilt wurde. Ausdrücklich war der entsprechende Bescheid mit dem Hinweis versehen worden, dem Iran diese Entscheidung nicht vor dem Besuch mitzuteilen. Wahrscheinlich hielt man hier eine Art „Bonbon“ für den Augenblick zurück, an dem er wirkungsvoll überreicht werden konnte. In der Dokumentation zu diesem Projekt wird herausgearbeitet, dass das Projekt als solches durchaus Sinn machte. Mögliche soziale und ökologische Folgen des Gesamtprojektes wurden jedoch überhaupt nicht beachtet und diskutiert. So schuf der Staudamm, an dem das Kraftwerk lag, einen gigantischen See, der mittlerweile zunehmend verschlammt und dringend entschlammt werden musste. Außerdem wurde mit dem Wasser des Stausees eine Region südlich von Dezful bewässert, in der gleichzeitig „Modernisierungsmaßnahmen“ stattfanden. Diese liefen auf die Vertreibung von Bauern aus ihren traditionellen Dörfern und die Umsiedlung in neue Landarbeiterstädte sowie die Bildung von Agroindustriebetrieben hinaus. Was das für den Alltag und das Leben von Menschen bedeutete, wird anhand der Arbeiten der amerikanischen Anthropologin Grace E. Goodell vorgestellt, die mehrere Jahre in Dörfern südlich von Dezful gelebt und geforscht hat. Sie kritisiert das Ganze im Grunde sehr grundsätzlich und liefert damit auch eine Erklärung für das, was dann 1979 geschah.

Abschließend gibt es einen Bericht über eine Person, die den politisch Interessierten durchaus bekannt sein dürfte. Es handelt sich um Eberhard Taubert, einen früheren Referenten des Propagandaministeriums unter Joseph Goebbels. Dieser hatte in den 50er Jahren seine frühere antikommunistische Propagandatätigkeit im Rahmen eines privaten Vereins noch einmal wiederaufgenommen. Weniger bekannt war bislang allerdings, dass er etwa ab dem Jahre 1958/59 auch für die iranische Savak – also den Geheimdienst des Irans - gearbeitet hat. Er muss als ein wichtiger deutscher Berater Irans eingeschätzt werden, der v.a. die iranische Botschaft in Bonn unterstützte.

[[Zu Formalia: Grundsätzlich wird alles so wiederzugeben versucht, wie es in den verwandten Originalen vorliegt. Zu den Details siehe den Band 2, S. 403 f und 411 dieser Serie.]]

II Dokumentation zum MZA-Projekt

Abschnitt 1: Politische Zielsetzungen des Iran

Dokument 1: Aufzeichnung über ein Gespräch von Bach mit Hoveida

I B 4 (...)

Geheim

Aufzeichnung

über ein Gespräch mit dem iranischen Ministerpräsidenten am 9. November 1965

Auf meinen Wunsch empfing mich Premierminister Hoveida am 9.11.1965 zu einem Abschiedsbesuch vor Antritt meiner Dienstreise nach Bonn. Das Gespräch, das sich über dreiviertel Stunden hinzog, wurde äusserst freimütig geführt. Der Premierminister entwickelte u.a. seine Gedanken über eine mögliche deutsch-iranische wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Im einzelnen führte er aus, dass die iranische Regierung und der Schah nach wie vor über das Ausmass der deutschen Beteiligung an der wirtschaftlichen Entwicklung Irans enttäuscht sei. General Pakravan habe diesen Standpunkt der iranischen Regierung Herrn Staatssekretär Carstens ja auch vorgetragen. Der Schah habe sich mit ihm (Hoveida) in den letzten Wochen mehrfach über die Intensivierung des Verhältnisses zur Bundesrepublik unterhalten. Nach langen Überlegungen sei man zu der Überzeugung gekommen, dass die Bundesrepublik wichtigster europäischer Partner der iranischen Wirtschaft werden sollte. Von den übrigen europäischen Industrie-Nationen sei Italien wirtschaftlich nicht stark genug, gegen eine Zusammenarbeit mit Frankreich spreche die auch im Iran in manchen Punkten unverständliche Politik General de Gaulle's, und England verfolge eigene machtpolitische Ziele im nahöstlichen Raum, die nicht immer mit den iranischen Vorstellungen konform gingen. Mit den USA verbänden den Iran enge politische und wirtschaftliche Beziehungen, jedoch wolle es der Iran vermeiden, allzu abhängig von dieser Großmacht zu werden, die durch ihre weltweiten Verpflichtungen auch oft im Gegensatz zu den national-politischen Interessen des Iran stände.

Hoveida entwickelte dann seinen Gedanken, dass es ihm nicht allein darauf ankomme, deutsches Kapital für den Iran zu interessieren, sondern dass es auch zu einer Zusammenarbeit auf der technisch-wissenschaftlichen Forschungsebene kommen müsse. Er wisse, dass die Bundesregierung in vielen Forschungsaufgaben durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges behindert sei. Er könne sich z.B. vorstellen, dass durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und dem Iran im Iran eine Forschungsanlage für alle Fragen, die mit der Atomenergie zusammenhängen, gebaut und gemeinsam ausgewertet werden könne. Der Iran könne garantieren, dass eine solche Anlage unter vollkommenen Sicherheitsverhältnissen arbeiten könne. Auch auf anderen Gebieten, auf denen in Deutschland gewisse Beschränkungen beobachtet werden müssten, ergäben sich Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Iran.

Der Iran, so fuhr der Premierminister fort, befände sich im Augenblick in einer Periode starker wirtschaftlicher Expansion. Die immer stärker anwachsenden Erlöse aus dem Erdölvorkommen, die Formation des RCD, die politische Stabilität

des Landes und die sehr erfolgreich verlaufenden Verhandlungen mit der Sowjetunion über gemeinsame industrielle Vorhaben erlaubten es dem Iran, mit grosser Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Die iranische Regierung beabsichtige daher, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes noch stärker voranzutreiben. Dieser Entwicklung stehe ein gewisser Kapitalmangel entgegen, den der Iran bisher durch Aufnahme von Anleihen, z.B. bei der Weltbank, habe beheben wollen. Man habe jedoch festgestellt, dass man auf diesem Wege nicht schnell genug weiterkomme, da für jede Anleihe tausende von Fragebogen ausgefüllt werden müssten und viel Zeit verloren würde, weil ständig Expertenkommissionen in ungebührlich langer Zeit die Ausführung der Projekte verzögerten und es oft jahrelanger Bemühungen bedürfe, um endlich zu Zielen zu kommen, die in verhältnismässig kurzer Zeit hätten erreicht werden können. Der Iran wolle daher diesen Weg nicht weiter beschreiten, sondern versuchen, auf bilateralem Wege schneller zum Ziele zu kommen. Selbst wenn die Anleihen dann 1-2%ig höhere Verzinsung kosteten, als bei der Weltbank (= 5 ½ %).

Ein weiteres Element der iranischen Politik sei das Bestreben des Irans, sich von politischen Bindungen, die oft mit der Hergabe von Kapital durch internationale Gremien verbunden sind, freizumachen. Die politische Entwicklung in den letzten Monaten hätte den Iranern erneut vor Augen geführt, dass nur der Staat sich in seinen Zielen durchsetzen könne, der unabhängig sowie wirtschaftlich und militärisch stark sei (ähnliche Gedanken äusserte auch der Schah in seinem Gespräch mit General Trettner).

Eine Folge dieser Überlegungen sei die Notwendigkeit, die Verteidigungsstärke des Irans zu erhöhen. Seine Regierung habe daher das Parlament ersucht, die Genehmigung für die Aufnahme eines weiteren 200 Millionen \$-Kredits für die Verstärkung der iranischen Streitkräfte aufnehmen zu dürfen. Die Auseinandersetzungen zwischen Pakistan und Indien hätten gezeigt, dass das Cento-Bündnis nur einen beschränkten Wert für den Iran habe. Die Anrufung der westlichen Bündnispartner durch Pakistan sei mit der Bemerkung beschieden worden, dass ein Verteidigungsfall nicht gegeben sei, weil keine kommunistische Aggression vorliege, obwohl eine solche Klausel im Cento-Vertrag nicht enthalten sei. Auch die UNO greife erst dann ein, wenn die Kämpfe bereits in vollem Gange seien und bereits Teile gegnerischen Gebiets im Besitz der feindlichen Kräfte wären. Alles, was die Uno erreichen könnte, wäre dann das Einfrieren der zu einem gegebenen Zeitpunkt bestehenden Lage. Das bedeute, dass in einem eventuellen Konflikt zwischen Iran und dem Irak möglicherweise Teile des Irans von irakischen Truppen besetzt würden, die dann – nach der bisherigen Praxis – durch einen von der UNO verfügten Waffenstillstand bis auf weiteres nicht vom persischem Boden verjagt werden könnten. Der Iran habe große Sorgen um die Provinz Khuzistan, die in zunehmendem Maße von den arabischen Staaten als Teil Arabiens beansprucht würde. Die iranische Verteidigungsmacht sei der irakischen bei weitem unterlegen, vor allem in der Luftabwehr und in der Marine. Neben der Mig 21 solle der Irak in den letzten Monaten auch amerikanische Jagdflugzeuge erhalten haben. Iran müsse daher seine Luft- und Seestreitkräfte erheblich ausbauen. Die iranische Regierung wolle bei dem Kauf der neuen Waffen nicht allein auf amerikanische Quellen zurückgreifen, da sonst die Anhängigkeit vom „good will“ der Amerikaner zu groß würde.

Auf meine Frage nach dem Verhältnis zu Russland erklärte der Premierminister,

dass sich sehr gute freundschaftlich-nachbarliche Verhältnisse entwickelt hätten. Die Sowjetunion habe erhebliche Schwierigkeiten mit ihren eigenen Satelliten. Aus seinen Gesprächen mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Maurer und mit polnischen und tschechoslovakischen Delegationen habe er das Bild gewonnen, dass diese Staaten in einem sehr viel stärkeren Gegensatz zu der Sowjetunion ständen, als z.B. der Iran. Gegen einen Angriff der Sowjetunion könne sich der Iran auch nicht verteidigen. Im Falle eines solchen Angriffs vertraue man daher jedoch ganz auf das Cento-Bündnis und auf den bilateralen Verteidigungspakt mit den USA. Die Westmächte könnten es einfach nicht zulassen, dass Iran in das sowjetische Fahrwasser gezogen würde.

Der iranische Ministerpräsident bat mich zum Schluss, seine Gedanken und Vorstellungen über eine deutsch-iranische Zusammenarbeit dem Herrn Bundeskanzler persönlich vorzutragen. Er sei gern bereit, falls seine Gedanken Interesse fänden, zu einem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler nach Bonn zu kommen. Er bat, den Inhalt des Gesprächs als äusserst vertraulich zu betrachten.

Teheran, den 11. November 1965

[FBach, AdV]

(Quelle: Franz Bach, Aufzeichnung über ein Gespräch mit dem iranischen Ministerpräsidenten am 9. November 1965, Teheran, den 11. November 1965, [Geheim]. in: PAA, B 130 – 5122A)

Dokument 2: Aufzeichnung über ein Gespräch von Bach mit dem Schah

Botschaft der Bundes-
republik Deutschland
(...)
Az. I B 4-81.02

Teheran, den 22. April 1967
(...)

An das Auswärtige Amt

Bonn

Betr.: Iranische Aussenpolitik

hier: Verhältnis des Irans zu Pakistan und Indien

Bezug: 1) Bericht vom 23.3.67 (...) 2) Bericht vom 6.4.67 (...)

Der Schah kam anlässlich der mir am 19. April 1967 gewährten, über einstündigen Audienz erneut auf das Verhältnis des Irans zu Indien und Pakistan zurück. Der soeben beendete Besuch des indischen Außenministers Chagla habe gezeigt, dass die indisch-pakistanischen Differenzen nahezu unüberbrückbar seien. In den Gesprächen sei man sich einig darüber gewesen, dass es auf dem Gebiet des bilateralen iranisch-indischen Verhältnisses noch viele Möglichkeiten der Verbesserung der Beziehungen gebe. Die iranischen Gesprächspartner hätten dem indischen Gäste jedoch sehr deutlich zu verstehen gegeben, dass sich der Iran Pakistan besonders freundschaftlich verbunden fühle und die indische Haltung gegenüber Pakistan nicht billigen könne. Wahrscheinlich aufgrund dieser bekannten iranischen Haltung habe Indien weder versucht, eine iranische Vermittlung zwischen

Pakistan und Indien zu suchen, noch habe der Iran eine solche Vermittlung angeboten.

Der Beschluss der Vereinigten Staaten, weder Indien noch Pakistan Waffen zu liefern und befreundete Länder zu der gleichen Haltung zu veranlassen, sei für ihn unverständlich. Indien habe sich mit Hilfe Amerikas, seiner westlichen Verbündeten und der Ostblockstaaten eine beachtliche Industrie aufgebaut. Mit englischen und sowjetischen Lizenzen würden Geschütze, Panzer und Flugzeuge hergestellt. Die indische Armee könne aus eigenen Mitteln in kurzer Zeit wieder aufgerüstet werden. Pakistan dagegen verfüge über keine nennenswerte Industrie zur Ausrüstung seiner Streitkräfte. In wenigen Jahren würde einem schwerbewaffneten und angriffslustigen Indien ein ungerüstetes Pakistan gegenüberstehen, das um seine Existenz bangen müsse. Wenn die westlichen Freunde Pakistans eine solche Entwicklung zuließen, dann müssten sie damit rechnen, dass sich Pakistan immer enger an Rotchina angeschlossen, um nicht von Indien verschluckt zu werden. Man müsse besorgt sein, dass eines Tages dann im Norden des Subkontinents ein ähnlicher Kampf wogen könnte wie er z. Zt. in Vietnam geführt würde. Indien, das seine Probleme selbst zu lösen nicht fähig sei, sei sicherlich nicht in der Lage, ein Land wie Pakistan zu verwalten. Einer solchen Entwicklung könne der Iran nicht tatenlos zusehen. Er, der Schah, habe mit Ayub Khan eine enge militärische Zusammenarbeit vereinbart und werde alles versuchen, Pakistan die Waffen zu beschaffen, die es zu seiner Verteidigung benötige. Der Schah meinte, auch die Bundesrepublik, die doch ein Freund Pakistans sei, solle sich den Bitten Pakistans nicht verschließen. Der Iran sei bereit, seine guten Dienste zur Verfügung zu stellen. Der Schah liess erkennen, dass er im Rahmen einer tour d'horizon mit der Bundesregierung anlässlich seiner Deutschlandreise das indisch-pakistanische Problem anschnitten werde.

[FBach, AdV]

(Quelle: Botschaft Teheran an das Auswärtige Amt, Betr: Iranische Außenpolitik, hier: Verhältnis des Iran zu Pakistan und Indien, Teheran, den 22. April 1967, [VS-Vertraulich]. Die Unterschrift dieses Dokumentes ist wie im obigen Falle: FBach. Auf dem Dokument finden sich handschriftliche Unterstreichungen. Außerdem mehrere handschriftliche Eintragungen, die dafür sprechen, dass es an andere Abteilungen des Auswärtigen Amtes weiter geleitet wurde. Eine lautet wie folgt: „III A 4 zum Verbleib“. Eine andere: „Betr: Waffenverkäufe an den Iran H. v. Soden (auch für Konsultationen)“. Schließlich gibt es Eintragungen, wonach auch die Abteilungen I B 5 und II B 6 oder III B 6 informiert wurden. PAA, B 130 - 5123A)

Dokument 3: Zusammenfassung des Gesprächsteils zwischen Schah und Kiesinger über das Indien-Pakistanproblem am 28.5.1967

In dem Gespräch von Schah mit Kurt Georg Kiesinger am 28.5.1967 sprach der Schah dann tatsächlich Kiesinger auf die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan an.

Er erklärte in einem ersten Teil des Gesprächs unter anderem, dass Pakistan, welches Mitglied der Seato und der Cento sei, vor kurzem bei dem indischen Angriff auf Pakistan, von keiner Seite geholfen worden sei, mit Ausnahme des Iran.

Außerdem warf er die Frage auf, was geschehen wäre, wenn die Inder damals die Pakistanis besiegt und „durchgebrochen“ wären. Er sei sicher, dass die Pakistaner niemals kapituliert hätten, sondern in die Berge zurückgewichen wären. Dies hätte ein zweites Vietnam bedeutet, wo man an einem doch schon genug habe. Im zweiten Teil des Gesprächs wurde diese Einschätzung durch „ergänzende Informationen angereichert“. Vertraulich wolle er mitteilen, hieß es da, dass nach einem Telegramm, welches er erhalten habe, China Pakistan einen 250-Millionen Dollar-Kredit für Waffenkäufe in China eingeräumt habe. Das sei ein gefährliches Streben der Chinesen nach Popularität. Aber die Pakistaner müssten wohl den Gang nach Peking antreten, weil sie nicht von den Indern überrannt werden wollten.

Schließlich entwickelte er eine Vision für die Zukunft. Indien, erklärte er, zähle 500 Millionen Menschen, die jetzt schon an Hunger litten. Die Probleme der indischen Regierung seien riesengroß. Sie müsse mit 150 verschiedenen Religionen und 148 Sprachen im Lande fertig werden, sie müsse zusehen, wie Kühe und Affen mehr Geltung besäßen als der Mensch. Unter der Asche glühe ein latenter Kommunismus, geboren aus Armut, Hunger, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit.

Warum sollte Indien, das in seinem eigenen Land keine Ordnung schaffen könne, Pakistan überrollen dürfen?

(Quelle: Gespräch zwischen Kurt Georg Kiesinger und Reza Pahlewi am 28. Mai 1967, in AAPD, S. 798-799 und S. 803. Siehe hierzu auch den Bericht weiter oben.)

Abschnitt 2: Militärhilfe der BRD (“Ausrüstungshilfe”)

1.) Hilfestellung beim Bau einer Munitionsfabrik

Dokumentation 1: Reaktion der Bundesregierung

Die Bundesregierung – 1966 eine Koalitionsregierung von CDU und FDP, ab Dezember 1966 eine Koalitionsregierung von CDU und SPD - war zu einem gewissen Maß an Militärhilfe bereit. Iran hatte die Bonner Position gegenüber der DDR - also die Hallsteindoktrin – bis zu diesem Zeitpunkt vorbehaltlos unterstützt. Dieser Unterstützung kam erhebliche Bedeutung bei. Nach dem Bekanntwerden der umfangreichen bundesdeutschen Militärhilfe für Israel sowie der Aufnahme diplomatischer Beziehungen von Bundesrepublik und Israel im Jahre 1965, brachen die meisten arabischen Staaten die diplomatischen Beziehungen mit der BRD ab. In Nahost war die BRD damit weitgehend „isoliert“. Nur Iran schien noch fest an der Seite Bonns zu stehen.

In der Folge wurden noch in der Zeit der Koalitionsregierung von CDU und FDP u.a. 90 Düsenjäger des Typs F-86 in den Iran geliefert, die angeblich für die Luftwaffe des Iran bestimmt waren. Tatsächlich waren sie für Pakistan bestimmt. Am 11.9.1966 schlossen Bundesrepublik und Iran außerdem einen Vertrag über den Ausbau des iranischen Kriegswaffenarsenals. Dieser sah vor, dass die Bundesregierung der iranischen Regierung eine Lizenzproduktion von G 3 und MG 1 im Arsenal gestatten